

LEITARTIKEL



von
Walter
Hämmerle

Es gibt keine andere Politik

Für einen kurzen Augenblick hat es so ausgesehen, als ob eine andere Politik möglich wäre. Dass es noch etwas anderes geben könnte als nur diese eine Frage. Wichtigere Dinge, Inhalte zum Beispiel. Aber die Hoffnung täuschte. Die Wahrheit ist: Es gibt keine andere Politik in Österreich, jedenfalls nicht in den vergangenen 30 Jahren – und ganz sicher nicht in den kommenden drei.

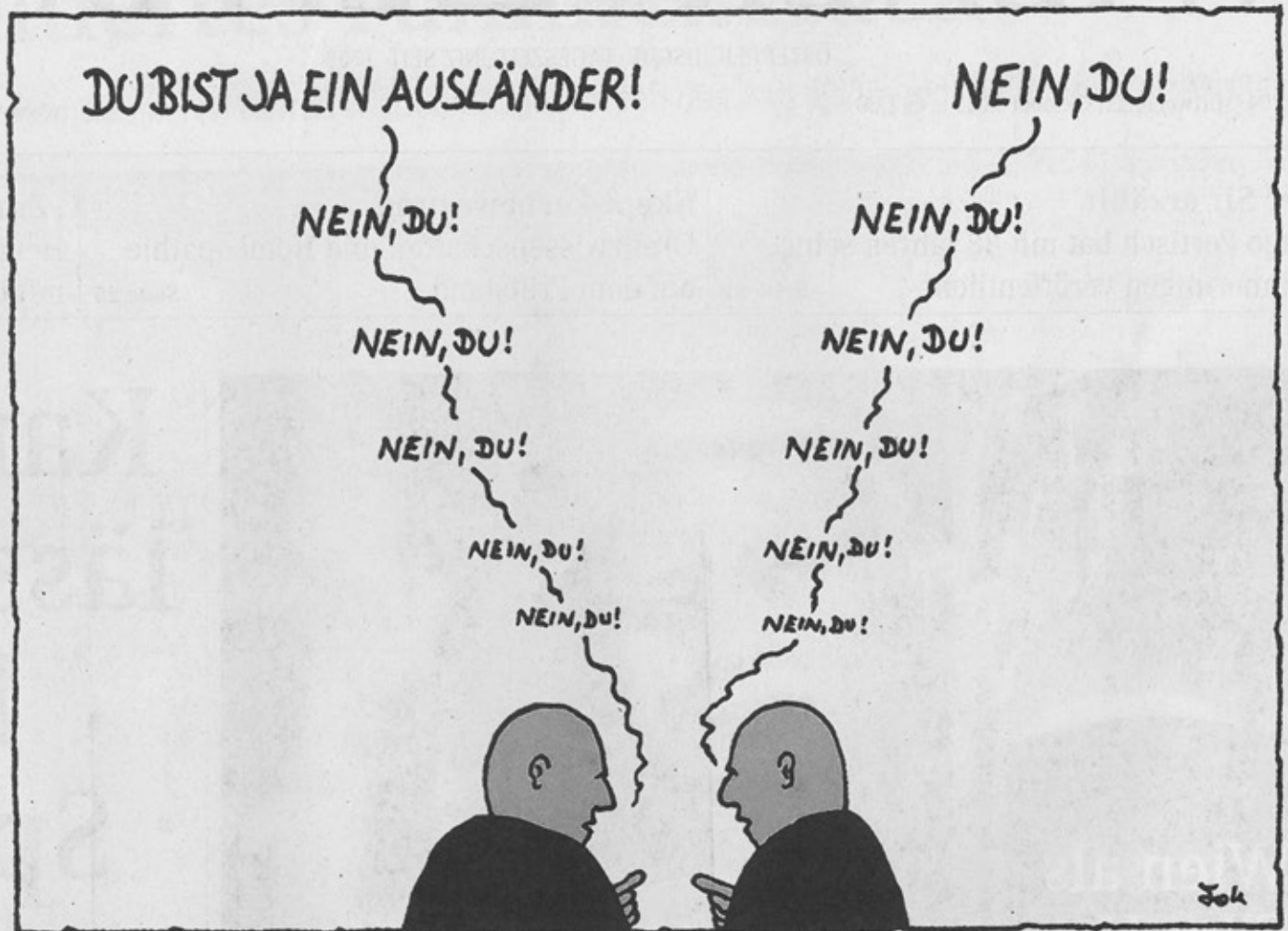
Die Fixierung auf die FPÖ grenzt bei SPÖ, ÖVP, Grüne und Neos fast schon ans Krankhafte. Jeder Schritt, jede Unterlassung wird analysiert, ob damit nicht doch das Geschäft der Freiheitlichen betrieben wird. Statt sich über die je eigenen Werte und Ideen zu definieren, bestimmen sich alle Parteien fast einzig und allein über ihr Verhältnis zu den Blauen.

Dabei kann man nicht einmal behaupten, dass dieses Vexierspiel mit den Blauen völlig ohne Plan erfolgte. Die Tabuisierung der FPÖ hat für die SPÖ – neben tatsächlichen politischen, moralischen und persönlichen Inkompatibilitäten – eben auch den positiven Nebeneffekt einer Quasi-Garantie auf eine rote Regierungsbeteiligung. Und wenn es passt, wie in Wien zum Beispiel, sogar ohne die ungeliebte ÖVP. Womit auch schon alle relevanten Gründe aufgezählt sind, warum die ÖVP die FPÖ nicht als möglichen Partner ausschließt. Dass dies die SPÖ zur Not genauso sieht, belegt das Burgenland, wo die Harmonie zwischen Rot-Blau auch hundert Tage nach der Angelobung nicht einträchtiger sein könnte. Wenn daher ausgerechnet Hans Niessl mit Blick auf Oberösterreich davor warnt, dass die ÖVP wann immer möglich auf Schwarz-Blau setze, entbehrt das nicht einer eigenwilligen Komik, die noch dazu hart an der Grenze zum blanken Zynismus vorbeischrämmt.

Seit 1986 gelingt es der Politik nicht, sich loszureißen von ihrer FPÖ-Fixierung. Dabei sollte sich herumgesprochen haben, dass es sich dabei um eine Strategie handelt, die fast ausschließlich Verlierer und nur einen Gewinner produziert: die FPÖ. Damals lagen SPÖ wie ÖVP noch bei mehr als 40 Prozent, die FPÖ unter 10 Prozent. Heute liegen alle drei Parteien in der Wahlergunst auf Augenhöhe jeweils zwischen 20 und 30 Prozent. Jeder Laie würde daraus den Schluss ziehen: Die Fixierung auf die FPÖ funktioniert. Aber was verstehen Laien schon von Politik. Die glauben ja auch, eine Regierung sei zum Regieren da und nicht zum Blockieren.

leitartikel@wienerzeitung.at

Kooperationsprobleme europäischer Nationalisten



Cartoon: „Wiener Zeitung“/Daniel Jokesch

ZITATE ZUM TAG

„Legale Wege für Kriegsflüchtlinge in die EU und eine Neuordnung des Asylwesens in Europa sind notwendig. Bei aller Sorge, ob wir diesen massiven Zustrom bewältigen können, war das beeindruckende Engagement von hunderten Freiwilligen ein äußerst positives Zeichen, wie gut die Zivilgesellschaft in einer solchen Ausnahmesituation funktioniert.“

Superintendent Lothar Pöll, Vorsitzender des Ökumenischen Rats der Kirchen in Österreich

„Wir brauchen das Engagement der Zivilgesellschaft bei der Aufnahme und beim Umgang mit den Flüchtlingen.“

EU-Abgeordneter Othmar Karas (ÖVP)

„Es ist ein schönes und wichtiges Zeichen, dass sich bereits mehr als 5500 Filmschaffende aus ganz Europa für Gerechtigkeit und Zusammenhalt

in der Flüchtlingsfrage öffentlich eingesetzt haben. Denn statt Hass und Populismus brauchen wir jetzt ein engagiertes und gemeinsames Handeln in Europa, um Menschen auf der Flucht bestmöglich zu unterstützen.“

Evelyn Regner, Delegationsleiterin der SPÖ im EU-Parlament, zur Initiative „For a Thousand Lives: Be Human“

„Die meisten Flüchtlinge glauben, ihre einzige Chance auf ein neues Leben bestehe in der Flucht nach Deutschland, Österreich oder Schweden.“

Melissa Fleming, Sprecherin des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR)

„Es bleibt eine offene Frage, ob Europa stark genug ist, durch solidarische Antworten eine gewisse Ordnung zu schaffen. Einem Teil der Länder ist der Ernst der Lage sehr wohl bewusst, dass

es um Menschenleben geht und dass der Winter kommt. Es kann kein Europa geben, in dem die Grenzen für den wirtschaftlichen Verkehr, für Touristen, Studierende und Pensionisten offen sind, aber in dem wir für Flüchtlinge Stacheldraht und Zäune haben.“

Bundeskanzler Werner Faymann

„Er mag zwar nicht der cleverste Typ sein. Aber er mag Menschen, und die Menschen mögen ihn.“

Bob Rae, früherer liberaler Abgeordneter, über Kanadas Wahlsieger Justin Trudeau

„Wenn die Jagd auf Elefanten so wie jetzt weitergeht, erleben heuer geborene Kinder wie meine Tochter Charlotte den Tod der letzten Tiere in freier Wildbahn noch vor ihrem 25. Geburtstag.“

Prinz William ruft die Chinesen zum Boykott von Elfenbein auf

GASTKOMMENTAR VON THOMAS SAUTNER

Die Wähler haben die Wahl verloren

Populisten gewinnen Wahlen nicht wegen „niederer Instinkte“ der Wähler, sondern weil Regierungen zusehen, wie der Sozialstaat ausgehöhlt wird.

Nicht nur in Österreich, in ganz Europa erodieren die Parteienlandschaften, geht das gesellschaftliche Gleichgewicht verloren, geraten die Menschen aneinander beim Kampf um ihren Anteil am schrumpfenden Kuchen. Sinkende Realeinkommen, zu wenig Arbeitsplätze, Reduktion von Sozialleistungen. Das macht Angst und löst Beißreflexe aus: „Brave Bürger“ gegen „Sozialschmarotzer“, Inländer gegen Ausländer, Menschen gegen Menschen. Dabei schrumpft der Kuchen in Wirklichkeit gar nicht. Was tatsächlich zusehends schrumpft, ist bloß jenes Kuchenstück, das an Wertschöpfung übrig bleibt, nachdem die globalen Finanz- und Wirtschaftsriesen ihre Gewinne abgeschöpft, ihre Boni und Dividenden ausbezahlt und ihre Steuervorteile optimiert haben. Geschätzt 1000 Milliarden Euro kosten die legalen Steuervermei-

erungstricks Jahr für Jahr alleine die EU-Staaten. Diese Mittel freilich fehlen schmerzlich in den Staatsbudgets. Das ist es, was die Sozialsysteme derart in Schieflage bringt. Die Konzerne schert das wenig. Imageprobleme oder gar Konsumboykotte müssen nicht befürchtet werden, da der Zusammenhang ihrer steuerschonenden Profitmaximierung mit der sozialen Malaise keine Breitenwirkung zeigt. Symptomatisch der Fall des sonnig-sympathisch auftretenden Möbelriesen Ikea, der die Menschen wie gute Freunde behandelt – in seiner Werbung. In der realen Welt aber zahlte die Konzernmutter Inter Ikea Holding im Jahr 2010 für 2,5 Milliarden Euro Gewinn gezahlte 48.000 Euro Steuern, wie „Spiegel Online“ recherchierte. Das entspricht einem Steuersatz von 0,2 Prozent. Darüber schütteln wir kurz den Kopf, nachhaltig Neid aber



Thomas Sautner ist Schriftsteller und Essayist. Zuletzt erschien sein Roman „Die Älteste“, aus dem er unter anderem am 14. November um 16.30 Uhr auf der Buch-Wien liest.

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: www.wienerzeitung.at/gastkommentare

befällt nicht wenige von uns, wenn für Flüchtlinge soziale Zuwendungen ausgegeben werden, wenn Migranten Familienbeihilfe erhalten. Zigtausende tricksen weltweit ähnlich wie Ikea, Publikumslieblinge wie Apple, Google, McDonald's und Starbucks etwa. Warum dagegen de facto nichts unternommen wird? Weil die großen Player längst nicht nur „too big to fail“ geworden sind. Mittlerweile sind sie auch „big enough to govern“. Geld regiert die Welt. Noch nie zuvor traf dieser Aphorismus in der demokratischen Welt so zu wie heute. Jüngst beschämte Papst Franziskus die Abgeordneten des US-Kongresses, indem er sie mahnte, dass die Politik nicht länger „Sklave von Wirtschaft und Finanzwesen“ sein dürfe. Freilich hat eben jene Politik bereits selbst erkannt, dass sie nicht mehr Herrin im eigenen Haus ist. Auf

unsäglich pragmatische Weise und als stünde sie geradezu schicksalhaft zwingenden Kräften gegenüber, nimmt sie hin, dass Politik in wesentlichen Bereichen nicht mehr von Politikern gestaltet wird, sondern von der sie „beratenden“ Wirtschaftswelt. Womit die Wähler im Grunde jede Wahl verloren haben: Gleich, welcher Partei sie ihre Stimme geben, die Finanz- und Wirtschaftselite wird ihre Schäfchen vom jeweiligen Wahlgewinner ins Trockene bringen lassen – auf Kosten der Allgemeinheit. Und so reicht es für rechte wie für linke Populisten in Europa, Probleme verzerrt herauszubrühen, anstatt zu sie lösen. Reicht es, sich mit den frustrierten Menschen zu solidarisieren, um Wahl für Wahl zu gewinnen. Denn dass für wahre politische Lösungen die Mittel fehlen, haben die Wähler ohnehin längst gelernt.